

DAe der öffentlichen GR-Sitzung vom 07.07.2022

Fraktion	Betreff des DAes
ÖVP	Blutspenden im Rathaus im Zweimonatsrhythmus <i>Dringlichkeit und Antrag einstimmig angenommen</i>
ÖVP	Jährliche Stellplatzbilanz <i>Dringlichkeit einstimmig angenommen, Abänderungsantrag mit Mehrheit angenommen (gegen ÖVP, FPÖ, Neos)</i>
FPÖ	Grillplätze Auwiesen <i>Dringlichkeit abgelehnt (gegen FPÖ, ÖVP, Neos)</i>
Neos	E-Griller für die Auwiese <i>Dringlichkeit abgelehnt (gegen FPÖ, ÖVP, Neos)</i>
SPÖ	Konzept zur Wiederbelebung Bauernmarkt Triestersiedlung <i>Dringlichkeit und Antrag einstimmig angenommen</i>
SPÖ	Konzept für Pilotanlagen zur Testung einer Ladeinfrastruktur für mobile Endgeräte an den Endhaltestellen <i>Dringlichkeit und Antrag mit Mehrheit angenommen (gegen FPÖ)</i>
Neos	Nachhaltige Reduzierung der Abgabenlast: Grazer UnternehmerInnen entlasten <i>Dringlichkeit abgelehnt (gegen Neos, FPÖ)</i>

A N T R A G
zur
dringlichen Behandlung

Betreff: Blutspenden im Rathaus im Zweimonatsrhythmus

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Dem dringenden Aufruf des Roten Kreuzes vom vergangenen Mittwoch, 29. Juni, Blut zu spenden sind mehr als 350 Personen nachgekommen. Dabei wurde bei Rekordtemperaturen eine Wartezeit von bis zu 90 Minuten in Kauf genommen, bevor im vierten Stock des Steirerhofes am Jakominiplatz die Blutspende durchgeführt werden konnte. Während dieses spontane Engagement ein starkes Zeichen der Solidarität darstellt, ist das Rote Kreuz vor Allem auch auf Dauerspender:innen angewiesen, die regelmäßig zum Blutspenden kommen, um die wichtigen Blutreserven in ausreichender Anzahl zur Verfügung zu haben.

Blutspenden ist für alle Personen zwischen 17 und 70 Jahren mit einem Körpergewicht von über 50 Kilogramm möglich, sofern sie nicht durch bspw. Diabetes oder Eisenmangel in eine der Ausnahmeregelungen fallen.

Der Präsident des Österreichischen Roten Kreuzes, Gerald Schöpfer, hat in der Kleinen Zeitung vom 29. Juni vor dem Hintergrund des niedrigsten Standes seit 25 Jahren eindringlich auf die Notwendigkeit von treuen Dauerspender:innen hingewiesen.

Beinahe jede und jeder kennt Personen, die in der Vergangenheit im Rahmen einer Behandlung auf eine Blutkonserve oder ein anderes Blutpräparat angewiesen waren, und jede und jeder kann selbst in die Situation kommen, in welcher er oder sie auf Spenderblut angewiesen ist. In der aktuellen Situation kann es dazu kommen, dass Ärzt:innen bei wenigen verfügbaren Blutprodukten im Rahmen von Triagen gezwungen sind, zu entscheiden, welche Eingriffe oder Behandlungen vorgenommen werden können. Diese Entscheidungen sind nicht nur belastend für die behandelnden Mediziner:innen sondern insbesondere für die betroffenen Patient:innen. Diese Umstände wären einfach und unkompliziert zu verhindern, indem das regelmäßige Spenden von Blut im Rahmen des sozialen Bewusstseins in unserer Gesellschaft (noch) besser verankert wäre.

Die Stadt Graz hat dabei – aus unserer Sicht – ihrer Vorbildfunktion in der Gesellschaft nachzukommen. Die rund 3.750 Mitarbeiter:innen des Magistrat Graz haben zwei Mal im Jahr bereits die Möglichkeit, in den Räumlichkeiten des Rathauses Blut zu spenden. Dieses Angebot sollte vor dem Hintergrund der „Pensionswelle“ bei Spender:innen erweitert werden, sodass in einem zweimonatigen Abstand eine Blutspendeaktion unkompliziert und niederschwellig ermöglicht wird. Eine interne Sensibilisierungskampagne in Kombination mit einem Aufruf an den Spendenaktionen teilzunehmen, sollte ebenfalls realisiert werden.

Das bestehende sowie das zukünftig erweiterte Angebot sollte zudem allen Mitarbeiter:innen des gesamten Hauses Graz zugänglich gemacht werden. Somit könnten knapp 4.000 weitere Personen erreicht werden, die unter Umständen bisher noch nicht vom Roten Kreuz erreicht werden konnten. Gleichzeitig sollte diese soziale Engagement für kranke Mitmenschen durch ein Anreizsystem für die spendenden Mitarbeiter:innen belohnt werden.

Auf diese Weise kann die Stadt Graz ihrer angesprochenen Vorbildwirkung nachkommen, aktiv zukünftigen Engpässen entgegenwirken und das Miteinander in der unserer Gesellschaft nachhaltig stärken.

Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

Dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat möge entsprechend des Motivenberichts folgende Beschlüsse fassen:

- 1) Frau Bürgermeisterin Elke Kahr möge die Organisation eines Blutspendeangebotes für die Mitarbeiter:innen des Magistrates Graz in einem regelmäßigen Abstand von zwei Monaten prüfen.
- 2) Das für Gesundheit zuständige Stadtsenatsmitglied Mag. Robert Krotzer möge in Zusammenarbeit mit Frau Bürgermeisterin Elke Kahr eine hausinterne Sensibilisierungskampagne der Wichtigkeit der regelmäßigen Blutspende, welche mit einem Spendenaufruf verbunden ist, prüfen und umsetzen.
- 3) Das für städtische Beteiligungen im Haus Graz zuständige Stadtsenatsmitglied Manfred Eber möge prüfen, inwieweit zukünftige Blutspendeaktionen im Grazer Rathaus auch auf Mitarbeiter:innen der Beteiligungen ausgedehnt werden können. Alternativ möge Stadtrat Manfred Eber mit den Beteiligungen in Kontakt treten, um eigenständige Blutspendeaktion zu initiieren.

A N T R A G
zur
Dringlichen Behandlung

Betreff: Jährliche Stellplatzbilanz

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Die kommunistisch geführte Stadtregierung mit ihrer grünen Verkehrsstadträtin Judith Schwentner verfolgt eine Neuverteilung der Nutzungsansprüche im öffentlichen Raum zu Lasten der individuellen Interessen der Nutzer:innen von privaten PKW.

Unterschiedliche Interessen und Interpretationen des öffentlichen Raums, gepaart mit kompromiss- und auch alternativlosen Umverteilung des öffentlichen Raums lösen immer wieder Konflikte zwischen den verschiedenen Nutzungsbedürfnissen der Bürger:innen aus.

Die in Verkehrsfragen gerne als Vorbild bereiste und herangezogene Stadt Zürich, setzt diesen Konflikten und der Diskussion um die Verteilung des öffentlichen Raum größtmögliche Transparenz und Kompromissbereitschaft entgegen.

In der Innenstadt Zürichs gilt der Parkplatzkompromiss von 1996. So soll in der Innenstadt und in den innenstadtnahen Gebieten die Anzahl von besucher- und kundenorientierten Parkplätzen auf dem Stand von 1990 bleiben. Die Kompensation von Straßenparkplätzen in Parkhäusern erlaubt, den öffentlichen Raum aufzuwerten. Eine Methode, der die Grazer Stadtregierung offensichtlich wenig abgewinnen kann, wie wir seit der Absage des Garagenbaus im Bezirk Geidorf vermuten dürfen.

Der Kritik und der Sorge Wirtschaftstreibender und Menschen, die aus unterschiedlichsten Gründen auf ihren PKW angewiesen sind, werden aber mit der Schweizer Herangehensweise nicht dogmatisch-ideologisch begegnet. Vielmehr erhebt die Stadt Zürich regelmäßig öffentlich zugängliche Parkplätze auf dem Stadtgebiet. Die Daten werden auf dem Züriplan und dem städtischen OpenData Portal veröffentlicht, ebenso wie Informationen zur Erhebungsmethode und Kennwerten. Selbiges gilt für öffentlich zugängliche Zweiradabstellplätze. Die Zunahme des Fahrradverkehrs und die damit verbundene Problematik des Fahrradparkens wurde von Seiten der ÖVP Graz bereits mittels Dringlichem Antrag thematisiert, jedoch von der Koalition abschlägig behandelt. Eine stete Evaluierung und Veröffentlichung der Abstellplätze für Fahrräder, Lastenräder, aber auch Motorräder und Roller usw. würde aber einen besonderen Mehrwert für die Nutzer:innen bedeuten und die angestrebte Verkehrswende unterstützen.

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher folgenden

Dringlichen Antrag

~~Der Grazer Gemeinderat möge die zuständige Verkehrsreferentin Mag.^a Judith Schwentner ersuchen,~~

- ~~1. bis zur Septembersitzung des Gemeinderates eine Bilanz über die Abstellplätze für Fahrräder, Lastenfahrräder, PKWs sowie einspurige Kfz auf öffentlichen Flächen im Grazer Stadtgebiet gegliedert nach Bezirken zu erstellen;~~
- ~~2. in dieser Bilanz die entfallenen und geschaffenen Stellplätze in jeder der zuvor angeführten Kategorie darzustellen;~~
- ~~3. die für die entfallenen Stellplätze errichteten Alternativangebote auszuweisen sowie~~
- ~~4. diese Stellplatzbilanz jährlich zu aktualisieren und der Bevölkerung in dieser aktuellen Fassung auf der Website der Stadt Graz zugänglich zu machen.~~

Betr: Dringlichkeitsantrag der ÖVP
Stellplatzbilanz
Abänderungsantrag



A-8010 Graz-Rathaus
Telefon: (0316) 872-2120
Fax: (0316) 872-2129
email: spoe.klub@stadt.graz.at
www.graz.spoe.at
DVR: 0828157

Graz, am 7. Juli 2022

Abänderungsantrag
eingebracht in der Gemeinderatssitzung am 7. Juli 2022
von Gemeinderat Manuel Lenartitsch

Die zuständigen Stellen in der Stadt Graz werden ersucht zu prüfen, inwieweit eine alle zwei Jahre zu evaluierende Planübersicht über die jeweils aktuellen Abstellmöglichkeiten für Fahrräder und Lastenfahrräder ausgearbeitet werden kann, die dem Verkehrsausschuss zur Information vorgelegt sowie als Service auf der Homepage der Stadt Graz veröffentlicht wird.

GR Günter Wagner
Dringlicher Antrag

An den
Gemeinderat der
Landeshauptstadt Graz

Graz, am 6. Juli 2022

Betreff: Grillplätze Auwiesen
Dringlicher Antrag

Seit Jahren sind die Anrainer rund um die Auwiesen mit unerträglichen Zuständen – Müll, Lärm, Böller – konfrontiert. Viele Anrainer bei den Auwiesen sind mit den Nerven am Ende und fühlen sich von der Stadtregierung im Stich gelassen – das Naherholungsgebiet ist ständiger sozialer Brennpunkt.

Immer wieder trifft man dort Menschen an, die während ihres Aufenthalts bei den öffentlichen Grillplätzen auf entsprechendes Recht und örtliche Gepflogenheiten keinen Wert legen und mit ihrem rücksichtslosen Verhalten für Unmut bei den Anrainern sorgen. Die Stimmung ist mittlerweile sehr angespannt.

Am Wiener Donaukanal ist beispielsweise das Grillen seit Jahren nur mit Registrierung möglich. Ein kostenpflichtiges aber niederschwelliges Online-Registrierungssystem würde einen Anreiz für die Benutzer der öffentlichen Grillplätze schaffen, sich nach den entsprechenden Vorschriften zu verhalten. Nutzer sind so bei Übertretungen gegebenenfalls leichter zu identifizieren und daher auch leichter zu belangen bzw. zur Rechenschaft zu ziehen. Gleichzeitig soll auch die Ordnungswache nach 22 Uhr die Feuer kontrollieren und bei Bedarf löschen.

Namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs ergeht daher nachfolgender

Dringlicher Antrag
gem. § 18 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Stadt Graz möge bis Ende Juli 2022 eine kostenpflichtige aber niederschwellige Online-Reservierung für die öffentlichen Grillplätze in Graz schaffen und die Ordnungswache damit beauftragen, diese öffentlichen Plätze auch nach 22 Uhr zu kontrollieren und Feuer bei Bedarf zu löschen.

dringlicher Antrag

in der Gemeinderatssitzung vom **07.07.2022**
eingebracht von GRin Sabine Reininghaus

Betreff: E-Griller für die Auwiese

Die öffentlichen Grillplätze beim Naherholungsgebiet Auwiesen sind ein beliebtes Ausflugsziel bei jungen Grazer_innen. An warmen Sommertagen werden die Griller gerne genutzt und ausgelassen gefeiert. Dementsprechend hoch sind Rauchentwicklung, Brandgefahr und Abfallaufkommen. Seit Jahren schon sind die Liebenauer Auwiesen ein Dauerproblem. Die Situation zwischen den Anrainer_innen und den Park-Besucher_innen hat sich zunehmend verschlechtert.

Luzern hatte noch im Sommer 2021 ein ähnliches Problem. Deshalb hat das Stadtparlament im November 2021 den Stadtrat beauftragt, einen öffentlichen Elektrogrill zu installieren. Seit Mai diesen Jahres ist dieser in Betrieb und kann von allen Besucher_innen kostenlos genutzt werden. Die Stadt Luzern verlässt sich darauf, dass mit dem Grill achtsam umgegangen wird. Dazu gehört auch, dass die Station nach Gebrauch von den Parteien selbst gereinigt wird.

Mit der neuen Grillstation erhält die Bevölkerung eine attraktive und nachhaltige Alternative zu befestigten Grills und Einweggrills. Bei Regen ist das Grillen nicht möglich. In den Wintermonaten wird die Grillstation zudem abgebaut und eingelagert. Ziel des Luzerner Stadtrats ist, die Verwendung von Einweggrills und damit Rauchemissionen sowie Abfallmengen und Brandlöcher im Rasen zu reduzieren.

Luzern ist somit Best Practice Beispiel in dieser Sache, um ein besseres Miteinander sicherzustellen und die aktuelle Situation, insbesondere in Hinblick auf eine substanzielle Verbesserung der feuerpolizeiliche Situation (Brandgefahr), auf der

Auwiese zu entschärfen. In Verbindung mit einem Reservierungstool (Personalisierung, Nachverfolgbarkeit) wird dieses Pilotprojekt auch in Graz gut funktionieren.

Daher stelle ich gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates den

dringlichen Antrag

- **Die zuständigen Stellen der Stadt Graz sollen prüfen, ob die Liebenauer Auwiese für ein Pilotprojekt wie in Luzern (siehe Motiventext) in Frage kommt.**
- **Falls die Liebenauer Auwiese nicht in Frage kommt, werden die zuständigen Stellen ersucht, auf der Grundlage des Pilotprojekts in Luzern eine Erprobung (laut Motiventext) in Graz zu prüfen.**

Über das Ergebnis der Prüfung ist der Gemeinderat in der September-Sitzung zu informieren.

Betreff: Konzept zur Wiederbelebung Bauernmarkt Triestersiedlung



A-8010 Graz-Rathaus
Telefon: (0316) 872-2120
Fax: (0316) 872-2129
email: spoe.klub@stadt.graz.at
www.graz.spoe.at
DVR: 0828157

DRINGLICHER ANTRAG

eingbracht von Frau Gemeinderätin Dipl.Wirtschaftsing.ⁱⁿ (FH) Daniela Schlüsselberger, MBA
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 7. Juli 2022

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!
Geschätzte Mitglieder der Stadtregierung,
liebe Kolleginnen und Kollegen!

Bauernmärkte sind mehr als ein gemischter Markt. Sie sind Begegnungszone, Platz für ein Miteinander, Kommunikationszentrale. Sie sind ein Platz wo Jung und Alt, egal woher sie kommen, aufeinander treffen und vor allem ins Gespräch kommen. Sie sind aber auch ein wichtiger Platz für unsere Bäuerinnen und Bauern. Denn dort haben diese die Möglichkeit, ihre Produktvielfalt an die Frau und an den Mann zu bringen. Sie können zeigen, welche wunderbaren Nahrungsmittel hier in der Region angebaut werden, hier in der Region wachsen.

Schade ist es, wenn ein Bauernmarkt diesen vielfältigen Zweck nicht erfüllen kann. Genau dieses Schicksal trägt der Bauernmarkt in der Triestersiedlung. Dafür kann es viele Gründe geben. Um dem entgegenzuwirken, muss es ebenso viele Lösungen geben bzw. müssen diese gefunden werden. Dies vielleicht auch dergestalt, dass gezielter auf die Bewohner:innenschaft und deren Bedürfnisse eingegangen wird. Nur noch wenige Bäuerinnen und Bauern kämpfen gegen die Aufgabe des Standorts, kämpfen für die Möglichkeit, weiterhin ihre Produkte anbieten zu können. Wie lange dies noch wirtschaftlich möglich ist, kann nur schwer beantwortet werden. Lange sicherlich nicht. Wenn die letzten Stände auch noch schließen, verschwindet einer der großartigen Bauernmärkte der Stadt, verschwindet ein Ort der Begegnung und des Miteinanders im Bezirk, entspricht dies weder dem Gedanken der Stadt der kurzen Wege, noch dem Bemühen um die regionale Wertschöpfung, die Stärkung der Nahversorgung.

Namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

dringlichen Antrag:

Die zuständigen Stellen werden beauftragt, im Sinne des Motivenberichts ein Konzept zu entwickeln, welches innerhalb der Vorgaben der Marktordnung die Wiederbelebung des Standortes gemischter Bauernmarkt Triestersiedlung ermöglicht und somit den Menschen im Bezirk einen Ort der Kulinarik und der Kommunikation wieder bieten kann.

Betreff: Konzept für Pilotanlagen zur Testung einer Ladeinfrastruktur für mobile Endgeräte an den Endhaltestellen



A-8010 Graz-Rathaus
Telefon: (0316) 872-2120
Fax: (0316) 872-2129
email: spoe.klub@stadt.graz.at
www.graz.spoe.at
DVR: 0828157

DRINGLICHER ANTRAG

eingebraucht von Herrn Gemeinderat Manuel Lenartitsch
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 7. Juli 2022

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!
Geschätzte Mitglieder der Stadtregierung,
liebe Kolleginnen und Kollegen!

Unterwegs zur Arbeit oder in die Schule, beim Einkaufen oder als Tourist beim Sightseeing – eines haben die Meisten immer dabei, wenn sie sich in der Stadt bewegen: das Smartphone. Doch was, wenn der Akku plötzlich versagt? Wie kommen wir ohne die mobile Navigation von A nach B und wie informieren wir unseren Chef, dass wir uns verspäten? Wie kann ich meine Freunde erreichen oder zu Hause Bescheid geben, wenn sich die Pläne ändern? Hier könnten die Haltestellen der öffentlichen Verkehrsmittel Abhilfe schaffen.

Die Möglichkeiten sind hier vielfältig: Bänke, die über Photovoltaikpaneele Energie zur Verfügung stellen. Erweiterung von bestehenden digitalen Anzeigen um ein Lademodul oder auch das Anbringen einer Einheit bestehend aus Paneel und USB Stecker. Die Zukunft der Mobilität wird sich vermehrt im Bereich des öffentlichen Verkehrs bewegen. Somit werden sich auch viele Menschen dort bewegen.

Unsere Jugendlichen sind förmlich mit dem Handy aufgewachsen und nicht nur sie, alle müssen derzeit - anstelle im öffentlichen Verkehrsmittel Bus - einen Fahrschein über eine App kaufen. Dies wird auch weiterhin forciert. Glaubt man den Umfragen der Holding Linien ist dies der kommende Trend.

Namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

dringlichen Antrag:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden gemäß Motivenbericht ersucht, mit der Holding Graz Gespräche zu führen, damit ein Konzept für einen Pilotversuch entwickelt wird, um das Laden mobiler Endgeräte an den Haltestellen der öffentlichen Verkehrsmittel bzw. in den öffentlichen Verkehrsmitteln selbst zu ermöglichen. Dem Gemeinderat ist bis November ein Bericht vorzulegen.

dringlichen Antrag

in der Gemeinderatssitzung vom **07.07.2022**
eingebracht von GR Philipp Pointner

Betreff: Nachhaltige Reduzierung der Abgabenlast: Grazer UnternehmerInnen entlasten

Wenn Betriebe den öffentlichen Raum mit nutzen, muss ein Nutzungsentgelt öffentliches Gut entrichtet werden. Dieses fällt zum Beispiel bei der Nutzung durch Gastgärten, Fahnen, Spruchbändern, Ausstellungsvitrinen, Hinweistafeln und Beschriftungen an. Die Unternehmer und die Gastronomie hat in den letzten Jahren bereits genügend Umsatzeinbußen hinnehmen müssen, daher soll die Stadt Graz den eigentlich schon einmal eingeschlagenen Weg konsequent weitergehen und nach dem Vorbild der Stadt Wien auf einige dieser Nutzungsentgelte öffentlichen Guts verzichten.

Jeder kleine Handels- oder Gewerbebetrieb in den Einkaufsstraßen kämpft mit der Teuerungswelle, Lieferschwierigkeiten, Engpässen und Personalmangel. Darüber hinaus weist Österreich in einem aktuellen OECD-Vergleich bei der Steuer- und Abgabenquote den dritthöchsten Wert auf. Mit einer Abgabenlast von 47 Prozent liegt Österreich laut der Studie „Taxing Wages 2022“ hinter Belgien mit 52,6% und Deutschland mit 48,1% auf Rang 3. In solch einer prekären Situation wäre es nur folgerichtig, die Abgabenlast für lokal tätige UnternehmerInnen nachhaltig zu reduzieren.

Daher stelle ich gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates den

dringlichen Antrag,

- 1. Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, die Aussetzung die Nutzungsentgelte öffentliches Gut (für beispielsweise: Gastgärten, Fahnen, Spruchbänder, Ausstellungsvitrinen, Hinweistafeln, Beschriftungen, etc.) wieder einzuführen.**

Über das Ergebnis der Prüfung ist der Gemeinderat in der September-Sitzung zu informieren.